



Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden

Antrag

betreffend: Verkehrsplanung

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, anstelle der bisherigen Gepflogenheit, Verkehrsprojekte gegen den Widerstand des Bezirks, der Bewohner und Wirtschaft durchzupfeitschen, gemeinsam mit dem Bezirk und seinen Bewohnern eine Überprüfung aller laufenden und künftigen Projekte vor deren Realisierung durchzuführen, die insbesondere folgende Kriterien berücksichtigt:

- Vorrang für Bezirksbewohner/Betriebe bei gleichzeitiger voller Erreichbarkeit durch deren Besucher/Kunden sowohl bei Zufahrt als auch beim Parken
- Optimierung öffentlicher Verkehrsmittel
- Verkehrsberuhigung möglichst durch Verlagerung unter die Erde insbesondere Garagen am Rande der Innenstadt zu vernünftigen Preisen
- Sicherheit im Radverkehr für Radfahrer und Fußgänger

Begründung:

Die abgelaufene Amtsperiode war von einer starken Ideologisierung der Verkehrspolitik im Sinne von Auto raus, Fahrrad rein und Schanigarten statt Parkplätze geprägt, die einen vernünftigen Interessensausgleich und viele überfällige Lösungen blockiert hat.

Diese Fehlentwicklung soll durch eine sachliche, längerfristige Planung für den Gesamtbezirk behoben werden.

Aktuell betrifft dies beispielsweise die umstrittenen Radwegprojekte ‚gegen die Einbahn Wipplingerstraße‘, wo ausreichend Alternativen über Schottengasse bzw. Börsegasse zur Verfügung stehen und vor allem das von allen befaßten Dienststellen – mit Ausnahme der Stadtregierung natürlich – abgelehnte Projekt ‚Rund ums Jonasreindl‘.